

## Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wohnen**  
 am Donnerstag, **03.03.2016**, 17:05 Uhr – 20:05 Uhr,  
 Hauptausschussszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Frank Baumann, Horst Karl Beitelhoff, Olaf Bloch, Georg Fehlauer, Mechthild Neuhaus, Hans Neumann, Walter von Gökels,

### **von der SPD-Fraktion**

Martina Biel, Thomas Fastermann, Mathias Kersting, Georg Tyrell, Maria Winkel,

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Helga Bennink, Susanne Dähne, Carsten Peters, Christine Schulz,

### **von der FDP-Fraktion**

Bernd Mayweg,

### **von der Fraktion DIE LINKE.**

Rüdiger Sagel,

### **auf Vorschlag der Fraktion Piraten/ÖDP**

Sebastian Kroos,

### **von der UWG-MS**

Uwe Raffloer,

### **Sachkundige Einwohner/innen**

Sven Berg, Dr. Gerhard Bonn, Wulf Greiling, Thomas Harten, Martin Homann-Niehoff, Patrik Werner,

### **von der Verwaltung**

Hartwig Schultheiß, Siegfried Thielen, Christian Schowe, Dirk Lohaus, Michael Tegtmeier, Reinhard Adams, Jörg Krause, Gerd Franke, Michael Milde, Mattias Bartmann, Andreas Kurz, Andreas Pott, Marlies Voss, Simone Peuling-Heerstraß,

### **für die Schriftführung**

Thomas Schulze Schwienhorst,

### **Gäste:**

Zu TOP 5 Herr Timo Herrmann, Geschäftsführer BBZ Landschaftsarchitekten, Berlin für die Arge OXF sowie die erschienenen Mitglieder der Bezirksvertretung Münster-West

Zu TOP 8.1 Herr Michael Geuckler, Geschäftsführer Zweckverband Münsterland SPNV

**nichtöffentlicher Sitzungsteil**

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wohnen am 03.03.2016

**Tagesordnung****Öffentliche Sitzung**

1. **Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
2. **Genehmigung der Tagesordnung**
  - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen zusätzliche Verwaltungspräsenz gewünscht wird.
3. **Mitteilungen der Verwaltung**
4. **Anträge und Eingaben**
  - 4.1. Bekanntgabe
  - 4.2. Stellungnahmen
5. **Vorstellung der Ergebnisse zur weiteren städtebaulichen Qualifizierung des geplanten „Oxford-Quartiers“ in Münster-Gievenbeck**
6. **Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft**
  - 6.1. Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz-satzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen“ (Anlage 1)
 

V/0715/2015  
III
  - 6.2. Antrag zur Änderung des Regionalplans Münsterland zur Darstellung von weiteren Wohnsiedlungsbereichen im Stadtgebiet Münster
 

V/0786/2015  
III
  - 6.3. Teilnahme am Modellprojekt "Global nachhaltige Kommune in NRW"
 

V/0070/2016  
VI
  - 6.4. Nutzungen auf dem Stubengassenplatz
 

V/0824/2015  
III
7. **Stadtplanung**

- V/0087/2016  
III
- 7.1. 1. 69. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk West im Stadtteil Gievenbeck im Bereich des Oxford-Quartiers (Roxeler Straße / Dieckmannstraße / Gievenbecker Reihe / Niedenstiege)  
Beschluss zur Änderung  
2. Bebauungsplan Nr. 579: Gievenbeck - Oxford-Quartier (Roxeler Straße / Dieckmannstraße / Gievenbecker Reihe / Niedenstiege)  
Beschluss zur Aufstellung
- V/1011/2015  
III
- 7.2. Bebauungsplan Nr. 540: Mecklenbeck - Schürbusch, ehemaliger Standort der Peter-Wust-Schule  
1. Beschluss zur Aufstellung  
2. Kenntnisnahme des Entwurfs zur Offenlegung
- V/0136/2016  
III
- 7.3. Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept Münster, hier: Ergebnisse der Struktur- und Potenzialanalyse
- 7.4. Hamannplatz - Coerde (Sachstand)
- 8. Verkehr**
- 8.1. SPNV – Zweckverband: Betriebsprobleme RE 7 durch National Express
- V/0002/2016  
III
- 8.2. - Von der Regionalbahn zur Stadtbahn, Antrag der CDU-Fraktion im Rat Nr. A-R/0052/2014 vom 02.12.2014, Antrag der CDU Fraktion in der BV Nord Nr. A-N-0001/2015 vom 11.12.2014 sowie Antrag der CDU-Fraktion in der BV Ost Nr. A-O-0008/2015 vom 15.01.2015
- Bahnhaltdepunkte wieder öffnen und neue schaffen: ÖPNV stärken – ökologische Mobilität ausbauen!, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat Nr. A-R/0025/2015 vom 28.04.2015
- Bahnübergang, Park and Ride Anlage und einen Fahrradabstellplatz an der Wareндorfer Str./Mondstr., Antrag der SPD-Fraktion in der BV Ost Nr. A-O-0009/2015 vom 12.03.2015
- V/0105/2016  
I
- 8.3. EUROCITIES - Mobilitätsforum (Mobility Forum) in Münster vom 21. - 23.03.2016
- V/0040/2016  
III
- 8.4. Umbau des Knotenpunktes Einsteinstraße / Orleansring / Rishon-Le-Zion-Ring mit Verlegung der Bushaltestelle zur Entschärfung der Unfallhäufungsstelle  
Planungsbeschluss

V/0058/2016  
III

8.5. Altenberger Straße – barrierefreier Ausbau der Haltestellen „Nienberge Ehemalige Post“ (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2017) Planungsbeschluss

9. **Bauvorhaben**

10. **Verschiedenes**

-----

Frau Bennink eröffnete um 17:05 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses und stellte die Beschlussfähigkeit sowie die Öffentlichkeit fest.

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

#### **Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Frau Bennink verpflichtete zu Beginn der Sitzung Herrn Wulf Greiling als ordentliches, beratendes Mitglied (sachkundiger Einwohner) und wünschte Ihm für die weitere Ausschussarbeit viel Erfolg.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung**

#### **Genehmigung der Tagesordnung**

Frau Schulz beantragte für die GAL im Ausschuss, den TOP 6.1 ohne Beschlussfassung in den HAFI / Rat zu schieben. Der Ausschuss stimmte dem Antrag einstimmig ohne Enthaltungen zu.

Frau Schulz beantragte darüber hinaus für die GAL im Ausschuss, auch den TOP 6.2 ohne Beschlussfassung in den HAFI / Rat zu schieben. Der Ausschuss stimmte dem Antrag bei Gegenstimmen der SPD mehrheitlich ohne Enthaltungen zu.

Herr Schowe regte an, den TOP 7.4 mangels aktueller Entscheidungsrelevanz von der Tagesordnung abzusetzen. Der Ausschuss stimmte einstimmig ohne Enthaltungen der Absetzung zu.

#### **Punkt 2.1 der Tagesordnung**

#### **Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen zusätzliche Verwaltungspräsenz gewünscht wird.**

Zu den Tagesordnungspunkten 6.1, 6.4, 7.1, 8.4 sowie 8.5 wurde zusätzliche Verwaltungspräsenz gewünscht.

#### **Punkt 3 der Tagesordnung**

#### **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Schowe informierte den Ausschuss über zwei eingereichte Normenkontrollklagen zum gleichen Bebauungsplan 564 „Gremmendorfer Weg“

Darüber hinaus informierte Herr Schowe den Ausschuss über einen geplanten Förderantrag der Stadt Münster zum Projekt „Innovativer Städtebau“.

Die Bundesregierung stelle erneut Mittel zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus für die Jahre 2016 bis 2020 zur Verfügung. Die Stadt Münster plane eine Bewerbung mit den Projekten „ehem. Kasernenstandort Oxford und ehem. Kasernenstandort York“.

Bewerbungsfrist sei der 19.04.2016. Eine entsprechende Vorlage sei für die Beratung im HAFI/Rat für den 16.03.2016 vorgesehen.

|                                 |                             |
|---------------------------------|-----------------------------|
| <b>Punkt 4 der Tagesordnung</b> | <b>Anträge und Eingaben</b> |
|---------------------------------|-----------------------------|

Keine.

|                                   |                    |
|-----------------------------------|--------------------|
| <b>Punkt 4.1 der Tagesordnung</b> | <b>Bekanntgabe</b> |
|-----------------------------------|--------------------|

Keine.

|                                   |                       |
|-----------------------------------|-----------------------|
| <b>Punkt 4.2 der Tagesordnung</b> | <b>Stellungnahmen</b> |
|-----------------------------------|-----------------------|

Keine.

|                                 |  |
|---------------------------------|--|
| <b>Punkt 5 der Tagesordnung</b> | <b>Vorstellung der Ergebnisse zur weiteren städtebaulichen Qualifizierung des geplanten „Oxford-Quartiers“ in Münster-Gievenbeck</b> |
|---------------------------------|--|

Frau Bennink begrüßte im Namen des Ausschusses sowie der anwesenden Mitglieder der BV-West den Geschäftsführer der BBZ-Landschaftsarchitekten Berlin - Herrn Timo Herrmann - als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft OXF und bat um Vortrag.

Herr Herrmann erläuterte anhand unterschiedlicher Folien die Weiterentwicklung und Konkretisierung des städtebaulichen Konzeptes im Hinblick auf die Gestaltung der Außenanlagen einschließlich der erforderlichen Regenwasserbewirtschaftung.

Vorgesehen seien nunmehr ca. 1100 WE. In diesem Zusammenhang stellte er erste Studien für Neubaumaßnahmen und Bauen im Bestand dar. Gleichzeitig stellte Herr Herrmann mögliche Entwicklungsstufen unter Berücksichtigung / Beibehaltung der Zwischennutzung für Flüchtlinge vor.

In Reaktion auf Äußerungen von Herrn Herrmann zu einem evtl. vorgezogenen Kita-Neubau stellte Herr Thielen klar, dass es sich um geplante Kita für „Alle“ (keine Kita ausschließlich für Flüchtlingskinder) handelt, die im Rahmen eines Förderprogramms als integratives Projekt förderfähig sein könnte.

Auf Nachfrage von Frau Neuhaus (CDU-Fraktion) zur geplanten Regenrückhaltung im Bereich zwischen Gievenbecker Reihe und Gievenbach sicherte die Verwaltung zu, dass hier eine in die Landschaft integrierte Maßnahme Priorität habe.

Herr Greiling bat darum, die Erschließungsflächen sowie Neubauten behindertengerecht und leicht erreichbar zu errichten. Bei dieser Gelegenheit wurde der geplante Teilerhalt von Altpflaster vor dem Hintergrund von Radfahrern und Behinderten diskutiert.

Herr Tyrell bat um nachträgliche Informationen zum geplanten Wohnungsmix im Gesamtgebiet (Anlage zum Protokoll).

Abschließend bedankte sich Frau Bennink bei Herrn Herrmann für den informativen und umfassenden Einblick in den Stand der Planungen.

Auf Nachfrage von Herrn Franke stimmte der Ausschuss der Weiterentwicklung des städtebaulichen Entwurfs sowie der geplanten, frühzeitigen Bürgerbeteiligung am 07.04.2016 ab 18:30 Uhr in der Aula des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums an der Dieckmannstraße 141 zu.

|                                 |  |
|---------------------------------|--|
| <b>Punkt 6 der Tagesordnung</b> | <b>Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft</b> |
|---------------------------------|--|

|   |  |
|---|--|
| <b>Punkt 6.1 der Tagesordnung<br/>V/0715/2015</b> | <b>Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen“ (Anlage 1)</b> |
|---|--|

Der bisherige Beratungsverlauf der Vorlage lag dem Ausschuss vor.

Herr Fastermann brachte nachfolgenden Änderungsantrag für die SPD im Ausschuss ein und begründete ihn im Anschluss:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, Milieuschutzsatzungen gem. § 172 BauGB zu erarbeiten und dem Rat sowie den zuständigen Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen, um Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen in einzelnen Wohnquartieren entgegen zu wirken.“

In der anschließenden Diskussion begründeten Herr Schowe und Frau Peuling-Heerstraß erneut die Verwaltungsposition und verwiesen auf die eingeschränkte Wirksamkeit einer derartigen Satzung. Gleichzeitig seien der personell-administrative und der finanzielle Aufwand unverhältnismäßig. Zudem ziele eine derartige Satzung mit Blick auf abzuwendende städtebauliche Folgen nicht auf den Mieterschutz für einzelne Personen ab, sondern es sei der rechtssicher belastbare Nachweis für die Verdrängung eines gesamten Bewohnermilieus zu erbringen. Ein hierfür erforderliches Monitoringmodul zu Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen müsse zunächst neu aufgebaut werden. Sämtliche genehmigungspflichtige Baumaßnahmen im Geltungsbereich der Satzung unterlägen einem besonderen Genehmigungsvorbehalt. Auf Nachfrage teilte die Verwaltung mit, dass sich ein Sozial-Monitoring derzeit im Dezernat V im Aufbau befände. Dieses, sowie auch insbesondere das bereits vorhandene kleinräumige Demografiemonitoring können themenspezifische Hinweise liefern.

Herr Fastermann gab seiner Hoffnung Ausdruck, die Satzung habe abschreckende Wirkung und verhindere die Umwandlung von Miete in Teileigentum in den bedrohten Beständen.

Herr Sagel plädierte dafür, die erforderlichen Personalkosten nicht zu einem entscheidenden Abwägungsbelang zu machen. Es gäbe im Übrigen eine Reihe bundesdeutscher Städte, die Milieuschutzsatzungen als Steuerungsinstrument erfolgreich anwendeten.

Nach Verwaltungsvortrag und anschließender Debatte beschloss der Ausschuss einstimmig ohne Enthaltungen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in der Beratungskette zu schieben.

|   |   |
|---|---|
| <b>Punkt 6.2 der Tagesordnung<br/>V/0786/2015</b> | <b>Antrag zur Änderung des Regionalplans Münsterland zur Darstellung von weiteren Wohnsiedlungsbereichen im Stadtgebiet Münster</b> |
|---|---|

Der bisherige Beratungsverlauf der Vorlage lag dem Ausschuss vor.

Herr Mayweg brachte nachfolgenden Änderungsantrag für die FDP im Ausschuss ein und begründete ihn im Anschluss

„Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wohnen möge beschließen:

Die Sachentscheidung wird wie folgt geändert:

1. (...)
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bezirksregierung Münster über die Aktualisierung des Wohnsiedlungsflächenbedarfs der Stadt Münster aufzunehmen, mit dem Ziel, **perspektivisch so zügig wie möglich** noch weitere Wohnsiedlungsflächen im Regionalplan darzustellen.
3. **(Neu) Um den Beschränkungen des Wachstums der Siedlungsflächen der Stadt im Regionalplan weiter zu begegnen, führt die Verwaltung u. a. entsprechend den Vorgaben des Landesentwicklungsplans ein kontinuierliches Flächenmonitoringverfahren durch. Darin identifiziert sie auch unter Einbeziehung Dritter diejenigen Flächen im Regionalplan, die im Bereich der Stadt Münster bisher als allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ausgewiesen sind, aber auch mittel- und langfristig für eine Bebauung nicht zur Verfügung stehen. Diese nicht zur Verfügung stehenden Flächen sollen dann im Regionalplan künftig nur noch als Freiflächen ausgewiesen werden. Im Wege des Tausches sind dafür andere Flächen, die mittel- und langfristig einer Bebauung zugänglich sein werden, im Regionalplan als ASB-Flächen auszuweisen.“**

Herr Fehlauer verwies darauf, dass sich die CDU im Ausschuss den Änderungsempfehlungen der BV-West sowie der BV-Nord aus der bisherigen Vorberatung anschlieÙe (s. Beratungsverlauf).

Änderungsantrag der BV-West:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Münster ein Regionalplanänderungsverfahren zu beantragen mit dem Ziel, die in der Begründung und Anlage dargestellten potenziellen Wohnsiedlungsflächen als „Allgemeine Siedlungsbereiche“ im Regionalplan darzustellen. **Zusätzlich dazu soll die Verwaltung darauf hinwirken, dass im Regionalplan auch eine Wohnbau-Entwicklung in Nienberge-Häger ermöglicht wird. Es ist ausdrücklicher politischer Wille unter regionalplanerischen Gesichtspunkten den Ortsteil für mindestens 2.000 Einwohner zu entwickeln.**
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bezirksregierung Münster über die Aktualisierung des Wohnsiedlungsflächenbedarfs der Stadt Münster aufzunehmen, mit dem Ziel, perspektivisch noch weitere Wohnsiedlungsflächen im Regionalplan darzustellen.
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, im Stadtbezirk West weitere, durchaus großflächige Wohnsiedlungsbereiche als Plangebiete für urbanes Wohnen auszuweisen.“**

Änderungsantrag der BV-Nord:

1. „Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Münster ein Regionalplanänderungsverfahren zu beantragen mit dem Ziel, die in der Begründung und Anlage dargestellten potenziellen Wohnsiedlungsflächen als „Allgemeine Siedlungsbereiche“ im Regionalplan darzustellen. **Zusätzlich sind als Wohnsiedlungsbereiche für Sprakel die in der Anlage der Niederschrift gekennzeichneten markierten Flächen mit aufzunehmen.**
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bezirksregierung Münster über die Aktualisierung des Wohnsiedlungsflächenbedarfs der Stadt Münster aufzunehmen, mit dem Ziel, perspektivisch noch weitere Wohnsiedlungsflächen im Regionalplan darzustellen.“

Herr Schowe verwies darauf, dass aktuell die zusätzlichen Wohnsiedlungsflächen der Stadt zur

Änderung des Regionalplans ermittelt würden. Dies geschehe in einem iterativen Verfahrens gemeinsam mit der Bezirksregierung Münster. Nach Ostern werde dann das Mengengerüst als Grundlage für den Antrag zur Änderung des Regionalplans vorgestellt.

Herr Fastermann plädierte dafür, das Mengengerüst für potentielle Wohnsiedlungsflächen deutlich auszuweiten.

Abschließend beschloss der Ausschuss einstimmig ohne Enthaltungen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in der Beratungskette zu schieben.

|   |   |
|---|---|
| <b>Punkt 6.3 der Tagesordnung<br/>V/0070/2016</b> | <b>Teilnahme am Modellprojekt "Global nachhaltige Kommune in NRW"</b> |
|---|---|

Der Ausschuss beschloss einstimmig ohne Enthaltungen, dem HAFI/Rat die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

|   |  |
|---|--|
| <b>Punkt 6.4 der Tagesordnung<br/>V/0824/2015</b> | <b>Nutzungen auf dem Stubengassenplatz</b> |
|---|--|

Herr Schowe verwies eingangs darauf, dass Verwaltung zum Stubengassenplatz keine Listen genehmigter oder abgelehnter Nutzungsanträge führe. Das Genehmigungsverfahren liege in den Händen der Ordnungsverwaltung.

Herr Greiling und Herr Dr. Bonn plädierten im Namen der Seniorenvertretung/ KIB dafür, die Anzahl der Sitzmöglichkeiten ohne Verzehrzwang im Platzbereich zu erhöhen und verwiesen beispielgebend auf die Neugestaltung des Harsewinkelplatzes.

Der Ausschuss beschloss anschließend einstimmig ohne Enthaltungen, die Vorlage in der Beratungskette zu schieben.

|                                 |                     |
|---------------------------------|---------------------|
| <b>Punkt 7 der Tagesordnung</b> | <b>Stadtplanung</b> |
|---------------------------------|---------------------|

|   |   |
|---|---|
| <b>Punkt 7.1 der Tagesordnung<br/>V/0087/2016</b> | <b>1. 69. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Münster im Stadtbezirk West im Stadtteil Gievenbeck im Bereich des Oxford-Quartiers (Roxeler Straße / Dieckmannstraße / Gievenbecker Reihe / Nidenstiege)</b><br><b>Beschluss zur Änderung</b><br><b>2. Bebauungsplan Nr. 579: Gievenbeck - Oxford-Quartier (Roxeler Straße / Dieckmannstraße / Gievenbecker Reihe / Nidenstiege)</b><br><b>Beschluss zur Aufstellung</b> |
|---|---|

Der Ausschuss debattierte die weitere Zeitkette zur Schaffung von Planungsrecht auf dem Konversionsareal vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen mit der BlmA.

Herr Schultheiß sowie Herr Thielen verwiesen auf das Gebot der Zurückhaltung mit Blick auf den angestrebten Satzungsbeschluss. Zunächst gelte es, die Fragen rund um die Liegenschaften zu klären.

Der Ausschuss beschloss anschließend einstimmig ohne Enthaltungen, dem HAFI/Rat die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

**Punkt 7.2 der Tagesordnung  
V/1011/2015**

**Bebauungsplan Nr. 540: Mecklenbeck - Schür-  
busch, ehemaliger Standort der Peter-Wust-Schule  
1. Beschluss zur Aufstellung  
2. Kenntnisnahme des Entwurfs zur Offenlegung**

Herr Krause berichtete eingangs aus der Beratung der Vorlage im ALWF

Herr Fastermann sprach sich im Namen der SPD im Ausschuss für eine Fortführung des B-Planverfahrens zur Schaffung zusätzlich bezahlbaren Wohnens aus.

Herr Schultheiß plädierte ebenfalls für die Fortsetzung des Verfahrens mit Blick auf eine spätere Nutzung.

Herr Peters verwies im Namen der GAL im Ausschuss auf die noch unbeantworteten Fragen aus dem ALWF und sprach sich bis zur Klärung aller noch offenen Punkte für ein interimswaises Ruhen des B-Planverfahrens aus.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, GAL, FDP und ÖDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Linken, die Vorlage bis zur Klärung der im letzten ALWF gestellten offenen Fragen zu vertagen (ruhendes B-Planverfahren).

**Punkt 7.3 der Tagesordnung  
V/0136/2016**

**Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept  
Münster, hier: Ergebnisse der Struktur- und Potenzi-  
zialanalyse**

Herr Beitelhoff bat mit Blick auf die geplante Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts Münster, am Dienstag, dem 5. April 2016, um 19.00 Uhr, im Festsaal des Rathauses, Prinzipalmarkt 8 -10 um entsprechende Einladungen an die Politik. Herr Schowe sicherte entsprechende Einladungen zu.

**Punkt 7.4 der Tagesordnung**

**Hamannplatz - Coerde (Sachstand)**

Der Punkt wurde bereits unter TOP 2 vom Ausschuss einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 8 der Tagesordnung**

**Verkehr**

**Punkt 8.1 der Tagesordnung**

**SPNV – Zweckverband: Betriebsprobleme RE 7  
durch National Express**

Frau Bennink begrüßte im Namen des Ausschusses den Geschäftsführer des Zweckverbands SPNV Münsterland Herrn Geuckler und bat um Vortrag.

Herr Geuckler verwies auf die anfänglichen Startschwierigkeiten von National Express NE bei Aufnahme des Betriebs der Strecke RE 7. Diese hätten vielschichtige Ursachen und lägen nicht allein in der Verantwortung von NE.

Inzwischen sei das Personal aufgestockt, ein zweiter Zug in Betrieb genommen, die Wartungsbedingungen verbessert und die Fahrgastinformation optimiert worden.

Abschließend beantwortete Herr Geuckler weitere Fragen aus dem Ausschuss.

Der Ausschuss bedankte sich bei Herrn Geuckler für die gegebenen Hintergrundinformationen aus erster Hand.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung  
V/0002/2016**

**- Von der Regionalbahn zur Stadtbahn,  
Antrag der CDU-Fraktion im Rat Nr. A-R/0052/2014  
vom 02.12.2014, Antrag der CDU Fraktion in der  
BV Nord Nr. A-N-0001/2015 vom 11.12.2014 sowie  
Antrag der CDU-Fraktion in der BV Ost Nr. A-O-  
0008/2015 vom 15.01.2015**

**- Bahnhaltepunkte wieder öffnen und neue schaf-  
fen: ÖPNV stärken – ökologische Mobilität aus-  
bauen!,  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an  
den Rat Nr. A-R/0025/2015 vom 28.04.2015**

**- Bahnübergang, Park and Ride Anlage und einen  
Fahrradabstellplatz an der Warendorfer  
Str./Mondstr.,  
Antrag der SPD-Fraktion in der BV Ost Nr. A-O-  
0009/2015 vom 12.03.2015**

Herr Peters stellte nachfolgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und GAL im Ausschuss und begründete ihn mündlich:

„Änderungsantrag:

Neu:

1. Die Untersuchungen und Planungen für alle beantragten Haltepunkte werden fortgeführt und intensiviert.  
Die Verwaltung meldet die Planungen für die Haltepunkte rechtzeitig an den Zweckverband ZVM zur nächstmöglichen Aufnahme in den Nahverkehrsplan des NWL.
2. Neu:  
Die Verwaltung informiert die Ratsgremien und die Öffentlichkeit mit einem jährlichen Bericht über den Fortgang der Planungen. Hierzu werden die Verkehrswertzahlen ermittelt und aufbereitet.
3. Wie Vorlage“

Herr Fastermann stellte nachfolgenden Änderungsantrag für die SPD im Ausschuss und begründete ihn anschließend:

„Der Ausschuss möge beschließen:

Ein neuer Beschlusspunkt wird eingefügt:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, sicher zu stellen, dass im Bereich der zunächst nicht weiter verfolgten Haltepunkte (s. 1 und 2) keine Entwicklungen stattfinden, die verhindern würden, dass zu einem späteren Zeitpunkt doch ein Haltepunkt eingerichtet werden kann.“

Frau Bennink ließ zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag von GAL und CDU abstimmen. Der Ausschuss stimmte dem Antrag einstimmig ohne Enthaltungen zu.

Anschließend stimmte der Ausschuss ebenfalls einstimmig ohne Enthaltungen für die Annahme des Änderungsantrags der SPD.

Abschließend ließ Frau Bennink über die so geänderte Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss stimmte einstimmig ohne Enthaltungen für die Annahme der so geänderten Vorlage.

**„Beschlusstext:**

I. Sachentscheidung:

- ~~1. Die Untersuchungen und Planungen der Haltepunkte Berg Fidel/Preußenstadion (KBS 411 Münster – Lünen – Dortmund), Danziger Freiheit (KBS 406 Münster – Warendorf – Rheda-Wiedenbrück) und Kinderhaus (KBS 407 Münster – Enschede) werden mittel- bis langfristig fortgeführt.~~

**Neu:**

**Die Untersuchungen und Planungen für alle beantragten Haltepunkte werden fortgeführt und intensiviert.**

**Die Verwaltung meldet die Planungen für die Haltepunkte rechtzeitig an den Zweckverband ZVM zur nächstmöglichen Aufnahme in den Nahverkehrsplan des NWL.**

- ~~2. Die Haltepunkte Geist (KBS 408 Münster – Coesfeld) und Coerde/Speicherstadt (KBS 395 Münster – Rheine – Emden) werden nicht weiter verfolgt.~~

**Neu:**

**Die Verwaltung informiert die Ratsgremien und die Öffentlichkeit mit einem jährlichen Bericht über den Fortgang der Planungen. Hierzu werden die Verkehrswertzahlen ermittelt und aufbereitet.**

3. Die Anträge A-R/00052/2014 der CDU-Fraktion im Rat vom 02.12.2014 „Von der Regionalbahn zur Stadtbahn“, A-N-0001/2015 der CDU Fraktion in der BV Nord vom 11.12.2014 „Von der Regionalbahn zur Stadtbahn“, A-O-0008/2015 der CDU-Fraktion in der BV Ost vom 15.01.2015 „Von der Regionalbahn zur Stadtbahn vom 12.03.2015 sowie der Antrag A-R/0025/2015 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat vom 28.04.2015 „Bahnhaltdepunkte wieder öffnen und neue schaffen: ÖPNV stärken – ökologische Mobilität ausbauen!“ bleiben Auftrag der Verwaltung.

**4. Neu:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, sicher zu stellen, dass im Bereich der zunächst nicht weiter verfolgten Haltepunkte (s. 1 und 2) keine Entwicklungen stattfinden, die verhindern würden, dass zu einem späteren Zeitpunkt doch ein Haltepunkt eingerichtet werden kann.“**

**Punkt 8.3 der Tagesordnung  
V/0105/2016**

**EUROCITIES - Mobilitätsforum (Mobility Forum) in  
Münster vom 21. - 23.03.2016**

Der Ausschuss nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Punkt 8.4 der Tagesordnung  
V/0040/2016**

**Umbau des Knotenpunktes Einsteinstraße / Orleansring / Rishon-Le-Zion-Ring mit Verlegung der Bushaltestelle zur Entschärfung der Unfallhäufungsstelle  
Planungsbeschluss**

Herr Peters brachte nachfolgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und GAL ein und begründete ihn mündlich:

„Der ASSVW beschließt:

Die Vorlage wird folgendermaßen geändert:

Neu: 1: Die Beseitigung der Unfallhäufungsstelle wird als Sofortmaßnahme durch eine signaltechnische Trennung des rechtsabbiegenden Kfz-Verkehrs und des geradeausfahrenden Radverkehrs unter dem Aspekt „Verkehrssicherheit vor Leistungsfähigkeit“ erfolgen. Hierbei ist eine Busampel / Lichtsignal für Busse zu integrieren.“

Herr Tyrell begrüßte im Namen der SPD den Änderungsantrag.  
Frau Neuhaus regte in diesem Zusammenhang eine Verlängerung der Grünphase an.

Herr Pott erläuterte den angestrebten Zeitplan für den geplanten Umbau des Verkehrsknotens. Danach soll in einer ersten Phase die bisherige gemeinsame Grünphase getrennt und in der zweiten Phase die bestehende Bushaltestelle zurückverlegt werden. Mit der Maßnahme sei eine Verbesserung der heutigen Verkehrsqualität „D“ (ausreichend) zu „C“ (befriedigend) verbunden mit Reserven für die Entwicklungsmaßnahmen Oxford-Kaserne und UKM. Eine gesonderte Bevorrechtigung der Busse sei nicht erforderlich, da die geradeaus fahrenden Linien sich in den fließenden Verkehr einordnen könnten und die rechts abbiegenden direkt über ihre Haltestellenposition in den rechten Rechtsabbieger gelangten.

Die Gesamtkosten des Umbaus beliefen sich auf ca. 170.00,- €.

Auf Nachfrage von Herrn Fastermann bejahte Herr Milde eine Wegeverlängerung für Busfahrgäste bis zum Fußgängerübergang von ca. 60 Metern nach Verlegung der Haltestelle.

Mit Zustimmung des Ausschusses unterbrach Frau Bennink die Sitzung von 19:45 Uhr bis 19:55 Uhr.

Im Anschluss zogen GAL und CDU im Namen von Herrn Peters den zu Anfang eingebrachten gemeinsamen Änderungsantrag zurück.

Anschließend plädierte Herr Fastermann für eine Aussetzung der Vorlage, um zunächst anhand einer Probephase die Wirkung der zu ändernden Ampelsteuerung (1. Phase) abzuwarten.

Herr Milde verwies auf den nach erfolgtem Planungsbeschluss noch zeitnah zu fassenden Baubeschluss sowie die Erfordernis der Absicherung der Maßnahme im Haushalt. Zudem sei wegen der Planungs- und Ausschreibungsvorläufe der Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich, wenn die Verlegung der Bushaltestelle wie vorgeschlagen noch in den Sommerferien erfolgen sollte.

Abschließend stimmte der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und GAL und gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Linken sowie der ÖDP/Piraten für die nicht geänderte Vorlage.

**Punkt 8.5 der Tagesordnung  
V/0058/2016**

**Altenberger Straße – barrierefreier Ausbau der Haltestellen „Nienberge Ehemalige Post“  
(Maßnahme im Haltestellenprogramm 2017)  
Planungsbeschluss**

Herr von Göwels beantragte für die CDU im Ausschuss die Übernahme der nachfolgenden Änderungsempfehlung der BV-West:

„Beschlussempfehlung der BV-West vom 25.02.2016:

1. Der Planung zum barrierefreien Ausbau der Haltestellen „Nienberge Ehemalige Post“ wird auf der Grundlage des verkehrstechnischen Entwurfs vom Dezember 2015 (**Anlage 2** der Vorlage) zugestimmt.

**2. Neu: Die Verwaltung prüft, ob die neu zu errichtende Ampelanlage um ca. 40 m zum Eingang des Friedhofes versetzt werden kann.“**

Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, GAL, der Linken sowie der ÖDP/Piraten gegen die Stimmen der FDP ohne Enthaltungen zu.

Abschließend stimmte der Ausschuss mit gleichem Abstimmungsergebnis für die so geänderte Vorlage.

**„Beschlusstext:**

„I. Sachentscheidung:

1. Der Planung zum barrierefreien Ausbau der Haltestellen „Nienberge Ehemalige Post“ wird auf der Grundlage des verkehrstechnischen Entwurfs vom Dezember 2015 (**Anlage 2** der Vorlage) zugestimmt.

**2. Neu: Die Verwaltung prüft, ob die neu zu errichtende Ampelanlage um ca. 40 m zum Eingang des Friedhofes versetzt werden kann.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die v.g. Sachentscheidungen sind wie folgt zu finanzieren:

| Teilfinanzplan       |      |   |                 |             |  |
|----------------------|------|---|-----------------|-------------|--|
|                      | Nr.  | Bezeichnung                                     | Haush.-<br>jahr | Betrag<br>€ | Bemerkungen  |
| Produktgruppe        | 1201 | Bereitstellung von Verkehrsflächen und –anlagen |                 |             |  |
| Investitionsmaßnahme | 0007 | Verkehrsflächen, Neubau und Erneuerung          |                 |             |  |
| Auszahlungen         |      |   | 2017            | 165.500     | Bushaltestellen „Nienberge – ehem. Post“ (beide FR) ca. 45.000 € |
| Einzahlungen         |      |   | 2017            | 40.500      | 90 % der förderfähigen Kosten der Bushaltestellen ca. 40.500 €   |
| Saldo                |      |   |                 | 125.000     |  |

Im Zuge des barrierefreien Ausbaues der Haltestellen sind voraussichtlich auch ein Ausbau der Fahrbahn und eine Sanierung des vorhandenen Regenwasserkanals vorgesehen.“

**Punkt 9 der Tagesordnung**

**Bauvorhaben**

Keine Bauvorhaben.

**Punkt 10 der Tagesordnung**

**Verschiedenes**

Keine Punkte.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 20:05 Uhr

gez.

Helga Bennink  
Vorsitz

gez.

Thomas Schulze Schwienhorst  
Schriftführung